

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten der Grünen im Oberösterreichischen Landtag
betreffend
Wiedereinsetzung und Einberufung des Landessicherheitsrats**

Gemäß § 25 Abs. 6 iVm Abs. 7 der Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um den im Juli 2013 aufgelösten Landessicherheitsrat wieder einzurichten und ehestmöglich einzuberufen.

Begründung

Im Juli 2013 wurde der bis dahin regelmäßig tagende Landessicherheitsrat nach Streitigkeiten unter den Fraktionen über Ausrichtung sowie Geschäftsordnungsfragen mehrheitlich, namentlich gegen die Stimmen der Grünen, aufgelöst. Die Aufgaben und Zielsetzungen, den Satzungen des Landessicherheitsrats entsprechend, waren jedenfalls die Koordination der verschiedenen Verantwortungsträger und Institutionen in der Sicherheitspolitik, insbesondere unter Berücksichtigung von präventiven Maßnahmen, die helfen, das Entstehen von Ängsten und Sorgen zu verhindern bzw. bei bestehenden Ängsten und Sorgen diese zu begrenzen oder aufzulösen. Mitglieder waren – neben Vertreterinnen und Vertretern der Politik – aus dem Bereich der Sicherheit Vertreterinnen oder Vertreter der Sicherheitsexekutive, des Militärs, der Feuerwehr und des Roten Kreuzes.

Die jüngsten Schändungen der KZ-Gedenkstätte Mauthausen sowie die Häufung von rechtsextremistischen und neonazistischen Straftaten in den vergangenen Jahren, aber auch etwa die Diskussionen über angebliche Zusammenhänge von organisierter Kriminalität und „Bettelei“, sollen nach Wiedereinsetzung des Landessicherheitsrates durch Beschluss der Landesregierung in einer ehestmöglich einzuberufenden Sitzung dieses Gremiums mit den

zuständigen Behörden erläutert werden, um fundierte Informationslagen für den Landesgesetzgeber, aber auch die Landesregierung selbst zu schaffen.

Linz, am 10. Juni 2014

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Wageneder, Buchmayr, Schwarz